

WHITEPAPER

Der politische Trend ist weniger Rechtsruck als Souveränitätsdruck

Warum Europas Legitimität jetzt an Ausführbarkeit hängt

by Marcus Paul

Über den Autor

Marcus Paul schreibt über Wirtschaft, Politik und Organisationen aus der Perspektive eines Menschen, der viele Jahre an der Grenze zwischen Idee und Umsetzung gearbeitet hat.

Er ist Gründer, Maschinenbauingenieur und ehemaliger globaler Produkt- und Portfolioverantwortlicher im industriellen B2B-Umfeld. Er hat erlebt, wie groß der Abstand zwischen einer plausiblen Strategie und einem funktionierenden System sein kann. Auf dem Papier ist vieles logisch. Im Betrieb entscheidet sich, ob es wirklich trägt.

Seine Perspektive ist durch eine einfache Beobachtung geprägt: Viele wirtschaftliche, politische und organisatorische Systeme scheitern an der Übersetzung von Idee in Wirkung.

Aus dieser Erfahrung entsteht sein Interesse an Systemdenken. Ihn treiben nicht fertige Lagerantworten, sondern die Mechanik unter der Oberfläche.

Seine berufliche Arbeit führte ihn durch Produktentwicklung, globale Portfoliosteuerung, Markteinführungen, Wachstumsstrategien, Business Cases und unternehmerischen Aufbau. Wiederkehrend ging es dabei um dieselbe Frage: Wie übersetzt man technische, wirtschaftliche und organisatorische Komplexität in klare Entscheidungen und wirksame Umsetzung?

Diese Frage prägt auch seine Texte. Sie bewerten öffentliche Debatten nicht zuerst nach Stimmung, Zugehörigkeit oder Schlagworten, sondern nach Ausführbarkeit.

Marcus Paul schreibt für Leser, die wirtschaftliche und politische Themen nicht nur kommentieren, sondern genauer verstehen wollen. Sein Anspruch ist nicht, Komplexität künstlich aufzulösen. Sein Anspruch ist, sie so zu ordnen, dass bessere Fragen möglich werden.

Der Leitgedanke seiner Arbeit lautet:

Öffentliche oder organisatorische Debatten fragen zu oft, was gewollt ist und zu selten, was wirkt.



Marcus Paul
Gründer und Autor

“
Systemdenken beginnt dort,
wo Meinung nicht mehr reicht.

Inhalt

01 Europa bleibt akzeptiert, aber Zustimmung wird teurer

SEKTION

Der stabile Bezugsrahmen	4
Was diese Lage für Bürger, Unternehmen und Politik bedeutet	4
Zustimmung unter Leistungsbedingung	4

02 Rechtsruck ist nur das Symptom

SEKTION

Warum der Begriff Rechtsruck nicht reicht	7
Verschiedene Themen, ähnliche Erwartung	7
Souveränität als politische Fähigkeit	7

03 Sicherheit, Verteidigung und Verwaltung

SEKTION

Vom Wohlstandsraum zum Sicherheitsraum	12
Vom Haushaltsansatz zur Schutzfähigkeit	12
Verwaltung und Binnenmarkt: Friktion wird politisch	12

Inhalt

04 Europas Umsetzungslücke

SEKTION

Der Vollzug bleibt zu langsam	15
Umsetzungsverantwortung statt Strategieinflation	15
Die neue Sprache der europäischen Führung	15

05 Souveränität entsteht durch Anwendung

SEKTION

KI als Umsetzungsfrage	19
Kapital als politischer Transmissionsriemen	19
Interessenvertretung als Prüfung demokratischer Ausführbarkeit	19
Vereinfachung ohne Schutzabbau	20

06 Die demokratische Antwort

SEKTION

Interessen in wirksame Gesetzgebung übersetzen	23
Ein realistisches Forderungspaket an EU-Abgeordnete	24
Drei Beispiele für ausführbare Souveränität	25
Ausführbarkeit als Legitimitätsarbeit	25



Executive Summary

Bürger wollen ein
sourveränes Europa

Im Frühjahr 2026 sagen 72 Prozent der Bürger im Standard Eurobarometer 105, ihr Land habe von der EU-Mitgliedschaft profitiert. 73 Prozent sehen die EU als Stabilitätsanker in einer unruhigen Welt. 81 Prozent unterstützen eine gemeinsame europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.

Gleichzeitig nennen 52 Prozent die Lebenshaltungskosten als persönliche Sorge. 76 Prozent sehen Russlands Krieg gegen die Ukraine als Bedrohung für die Sicherheit der EU. Laut Flash Eurobarometer 574 glauben 68 Prozent der Europäer, dass die Sicherheit ihres eigenen Landes bedroht ist.

Diese Zahlen passen nicht zu einer einfachen Anti-EU-Erzählung. Sie zeigen eine politische Lage, die widersprüchlicher und interessanter ist: Europa bleibt für viele Bürger ein positiver Bezugsrahmen, aber dieser Bezugsrahmen wird härter an Leistung geknüpft. Das European Parliament Autumn 2025 Eurobarometer verschärft diesen Befund. 89 Prozent wollen, dass die Mitgliedstaaten bei globalen Herausforderungen stärker zusammenstehen. 86 Prozent wünschen sich eine stärkere internationale Stimme der EU. 66 Prozent wollen eine größere Rolle der EU beim Schutz vor globalen Krisen und Sicherheitsrisiken.

Die politische Spannung liegt genau darin. Europa wird nicht einfach abgelehnt. Europa wird stärker an Wirkung gemessen.

Wer diese Lage nur als Rechtsruck beschreibt, greift zu kurz. Rechte und souveränistische Kräfte gewinnen real an Gewicht. Migration, Sicherheit, Kaufkraft, Energie, nationale Kontrolle und Desinformation prägen die Debatte stärker als früher. Unter dieser Verschiebung liegt jedoch eine breitere Nachfrage: Viele Bürger erwarten Schutz, Kontrolle, Kaufkraftstabilität, geordnete Migration, industrielle Perspektive, digitale Resilienz, funktionierende Verwaltung und sichtbare Handlungsfähigkeit.

Der politische Trend ist deshalb weniger Rechtsruck als Souveränitätsdruck.

Die These

Souveränitätsdruck entsteht, wenn Menschen den Eindruck bekommen, dass zentrale Systeme nicht mehr verlässlich steuerbar sind. Es geht um Grenzen und Migration, Energie und Kaufkraft, Sicherheit und Verteidigung, digitale Öffentlichkeit, industrielle Arbeitsplätze, Verwaltung, Infrastruktur, Kapital, Technologie und wirtschaftliche Zukunft.

Dieser Druck kann national, populistisch oder technokratisch beantwortet werden. Er kann aber auch europäisch beantwortet werden, wenn Europa zeigt, dass gemeinsame Regeln, demokratische Verfahren und Rechtsstaatlichkeit nicht nur korrekt sind, sondern Wirkung erzeugen.

Die zentrale These dieses Whitepapers lautet: Ausführbarkeit ist Legitimitätsarbeit.

Das ist kein technokratischer Satz. Er beschreibt eine demokratische Pflicht. Eine politische Zusage muss irgendwann im Leben der Bürger, in der Arbeit der Verwaltungen, in der Investitionsrealität der Unternehmen und in der Sicherheitsfähigkeit Europas ankommen. Eine Verteidigungszusage muss in Munition, Luftverteidigung, Wartung und einsatzfähigen Systemen sichtbar werden. Ein Binnenmarktversprechen muss sich in digitalen Verfahren, kürzeren Genehmigungen, verlässlichen Zahlungsflüssen und weniger Doppelarbeit zeigen. Eine Technologiestrategie muss in Unternehmen, Verwaltungen und industriellen Prozessen genutzt werden.

Dazu gehört auch ein nüchternerer Umgang mit Interessenvertretung. Lobbyismus ist in einer komplexen Union nicht automatisch ein Problem. Ohne Wissen aus Industrie, Mittelstand, Kommunen, Gewerkschaften, Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft entstehen Regeln, die später in der Praxis scheitern. Problematisch wird Interessenvertretung dort, wo sie asymmetrisch, schlecht dokumentiert oder von der operativen Wirklichkeit abgekoppelt ist. Dann entsteht der Eindruck, dass Politik professionell besprochen, aber nicht realitätsnah gebaut wird.

Europa muss nicht noch besser erklären, warum es gebraucht wird. Es muss zeigen, dass es schützt, entscheidet, ermöglicht und liefert. Die Antwort auf den politischen Druck ist daher kein neues Narrativ, sondern ein Europa, dessen Versprechen im Vollzug glaubwürdig werden.

01

SEKTION

Europa bleibt akzeptiert, aber Zustimmung wird teurer

Warum die Daten keine einfache
Anti-EU-Erzählung tragen

Der stabile Bezugsrahmen

Die politische Lage Europas lässt sich nicht sauber verstehen, wenn man nur auf Wahlergebnisse, Fraktionsstärken oder Parteiprojektionen schaut. Der tiefere Befund liegt in einem Paradox: Die EU bleibt für viele Bürger ein positiver Bezugsrahmen, doch dieser Bezugsrahmen ist nicht mehr so selbstverständlich wie früher. Zustimmung wird stärker an sichtbare Leistung gebunden.

Standard Eurobarometer 105 zeigt, dass 72 Prozent der Befragten einen Nutzen der EU-Mitgliedschaft sehen. 73 Prozent betrachten die EU als Stabilitätsanker. 57 Prozent sind mit der Demokratie in der EU zufrieden, und 51 Prozent vertrauen der EU, ein Anstieg gegenüber Herbst 2025. Auch externe Umfragen wie Pew Research zeigen 2025 und 2026 in mehreren europäischen Ländern weiterhin überwiegend positive Sichtweisen auf die EU. Das europäische Projekt ist also nicht aus der mentalen Landkarte der Bürger verschwunden.

Gleichzeitig steht es stärker unter Beweislast. Die gleiche Eurobarometer-Lage zeigt hohe Sorgen über Lebenshaltungskosten, internationale Konflikte, geopolitische Instabilität und Sicherheit. Auf persönlicher Ebene sind die Lebenshaltungskosten mit 52 Prozent die dominante Sorge. Auf EU-Ebene stehen internationale Konflikte, die globale Lage und Russlands Krieg gegen die Ukraine weit oben.

Das European Parliament Autumn 2025 Eurobarometer übersetzt diese Stimmung in eine konkrete Erwartung. 89 Prozent wollen stärkeren Zusammenhalt der Mitgliedstaaten bei globalen Herausforderungen. 86 Prozent wollen eine stärkere internationale Stimme der EU. 66 Prozent wünschen sich eine größere Rolle der EU beim Schutz vor globalen Krisen und Sicherheitsrisiken.

Europa wird damit nicht pauschal abgelehnt. Es wird härter an Wirkung gemessen. Bürger bewerten die EU heute weniger nach Absicht als nach spürbarer Fähigkeit: Sicherheit, Kaufkraft, Energie, Migration, digitale Resilienz, industrielle Perspektive und funktionierende Verwaltung. Der historische Friedensbeitrag und der Binnenmarkt bleiben wichtig, aber sie reichen nicht mehr als alleinige Legitimitätsreserve.

Was diese Lage für Bürger, Unternehmen und Politik bedeutet

Für Bürger bedeutet Souveränitätsdruck zuerst eine Alltagserfahrung. Preise steigen, Sicherheitsdebatten

Sicherheitsdebatten rücken näher, Migrationsfragen werden als Kontrollthema erlebt, digitale Öffentlichkeit wird rauer, und Verfahren fühlen sich oft langsamer an als die Probleme, die sie lösen sollen. Die EU wird dabei nicht als juristisch sauber getrenntes Ebenensystem wahrgenommen. Bürger erleben ein Gesamtsystem aus Brüssel, Hauptstadt, Land, Kommune, Behörde, Portal und Wartezeit.

Für Unternehmen bedeutet Souveränitätsdruck operative Kosten. Energiepreise, Genehmigungsdauer, Fachkräftemangel, Kapitalzugang, Zahlungsverzug, nationale Sonderregeln, unterschiedliche digitale Nachweise, Vergabeverfahren und Produktanforderungen sind keine abstrakten Politikfelder. Sie landen als Verzögerung, Risiko oder Cashflow-Belastung in der Unternehmensrealität.

Für Politik bedeutet Souveränitätsdruck, dass Legitimität nicht mehr nur über Ziele, Verfahren und Wertekommunikation entsteht. Entscheidend wird die sichtbare Strecke zwischen Entscheidung und Ergebnis. Wer eine Strategie ankündigt, aber keine spürbare Veränderung erzeugt, produziert nicht nur Enttäuschung. Er verstärkt den Eindruck, dass das System zwar reden, aber nicht mehr ausreichend handeln kann.

Zustimmung unter Leistungsbedingung

Das ist eine andere Form von Zustimmung. Sie ist weniger gewohnheitsbasiert, weniger geduldig und stärker konditioniert. Ein Europa, das als stabilisierender Rahmen anerkannt wird, kann trotzdem politisch unter Druck geraten, wenn es in entscheidenden Momenten zu langsam, zu kompliziert oder zu wenig wirksam erscheint.

Deshalb führt die verbreitete Diagnose einer Anti-EU-Stimmung in die Irre. Die Daten deuten eher auf einen Anti-Trägheits-Trend. Es geht nicht um die pauschale Ablehnung Europas, sondern um die Erfahrung, dass Komplexität, Langsamkeit und ausbleibende Wirkung politische Kosten erzeugen.

Das ist politisch entscheidend. Ein Unternehmer, der über Energiepreise, langsame Verfahren, Fachkräftemangel, überlastete Infrastruktur, Beschaffungschaos, Bürokratie oder unklare Zuständigkeiten spricht, muss nicht anti-europäisch sein. Eine Familie, die auf Kaufkraft, Sicherheit, Migration, digitale Desinformation und Zukunftschancen schaut, muss nicht nationalistisch denken. Unter der gereizten Oberfläche liegt oft eine nüchterne Erfahrung: Große Systeme sprechen viel, aber sie liefern nicht mehr zuverlässig genug.

Genau hier beginnt Souveränitätsdruck.

Europa bleibt akzeptiert, aber Zustimmung wird teurer

Warum die Daten keine einfache Anti-EU-Erzählung tragen



Europa bleibt Bezugsrahmen.
Zustimmung wird zur Leistungsfrage.



Der stabile Bezugsrahmen



72 % sehen Nutzen der EU-Mitgliedschaft



73 % sehen die EU als Stabilitätsanker



57 % sind mit der Demokratie in der EU zufrieden



51 % vertrauen der EU

Eurobarometer 105

nicht
Anti-EU –
sondern
Anti-Trägheit

Die neue Beweislast



52 % nennen Lebenshaltungskosten als persönliche Sorge



89 % wollen stärkeren Zusammenhalt bei globalen Herausforderungen



86 % wollen eine stärkere internationale Stimme der EU



66 % wollen eine größere Rolle der EU beim Schutz vor Krisen und Sicherheitsrisiken

European Parliament Autumm 2025 Eurobarometer



Für Bürger

- Kaufkraft, Sicherheit, Migration, digitale Resilienz
- Alltagserfahrung statt Institutionenlogik



Für Unternehmen

- Energie, Genehmigungen, Kapitalzugang, Fachkräfte
- Friktion wird zu Kosten, Risiko und Cashflow-Belastung.



Für Politik

- Legitimität entsteht über sichtbare Strecke zwischen Entscheidung und Ergebnis
- Strategie ohne Wirkung erzeugt Vertrauensverlust

“ Souveränitätsdruck beginnt dort, wo große Systeme sprechen, aber nicht mehr zuverlässig genug liefern. ”

02

SEKTION

Rechtsruck ist nur das Symptom, Souveränitätsdruck ist die Nachfrage

Warum Kontrolle, Schutz und Verlässlichkeit politisch neu sortieren

Warum der Begriff Rechtsruck nicht reicht

Der Begriff Rechtsruck beschreibt sichtbare politische Verschiebungen. Er ist nicht falsch. Rechte und souveränistische Kräfte haben in mehreren Mitgliedstaaten an Gewicht gewonnen. Migration, Sicherheit, nationale Kontrolle, Grenzen, Kaufkraft und Kulturkonflikte mobilisieren stärker als früher. Die politische Mitte wirkt defensiver, und der Ton öffentlicher Debatten ist härter geworden.

Als Deutung reicht der Begriff trotzdem nicht aus. Er beschreibt, wohin sich Teile des Parteiensystems bewegen. Er erklärt aber nicht, warum bestimmte Themen so stark resonieren.

Die politische Nachfrage darunter ist breiter als klassischer Nationalismus. Sie richtet sich auf Kontrolle, Schutz, Verlässlichkeit und sichtbare Handlungsfähigkeit. Deshalb ist die Lage komplexer als eine einfache Richtungserzählung.

Die Europäische Volkspartei bleibt auf EU-Ebene die stärkste Kraft. Sozialdemokraten, Liberale, Linke und Grüne bleiben relevant. Gleichzeitig gewinnen rechte und souveränitätsorientierte Gruppen politisches Gewicht. PolitPro sah Ende Mai 2026 die EPP klar vorn, gefolgt von S&D, Patriots for Europe, ECR und Renew. Europe Elects projizierte ebenfalls eine starke EPP, aber mit deutlich gewachsenen rechten und souveränistischen Gruppen. Der Föderalist weist zugleich darauf hin, dass der mehrjährige Zuwachs rechter Gruppen seit Spätherbst 2025 nicht einfach linear weitergelaufen ist.

Europa kippt also nicht geschlossen in eine Richtung. Aber die politische Mitte wird neu sortiert. Viele Debatten kreisen inzwischen um dieselbe Grundfrage: Kann Politik in einer härteren, teureren und unsichereren Welt noch zuverlässig handeln?

Verschiedene Themen, ähnliche Erwartung

Migration, Energie, Verteidigung, Digitalisierung und Bürokratie sind unterschiedliche Felder. Politisch werden sie unterschiedlich verhandelt, und nicht jede Kontroverse folgt demselben Muster. Trotzdem verbinden sie sich in einer gemeinsamen Erfahrung. Menschen und Unternehmen wollen wissen, wer noch steuern kann, wer Abhängigkeiten reduziert, Zuständigkeiten klärt, Verfahren verkürzt und Investitionen ermöglicht.

Migration wird in diesem Umfeld nicht nur als Identitätsthema diskutiert, sondern als Kontrollfrage. Energie ist nicht nur Klimathema, sondern Preis-, Industrie- und Sicherheitsfrage. Verteidigung ist nicht nur NATO-Dossier, sondern Schutzversprechen. Digitalisierung ist nicht nur Innovationsfeld, sondern eine Frage von Desinformation, KI, Manipulation und Macht. Bürokratie ist nicht nur Unternehmerklage, sondern Symbol institutioneller Trägheit.

Der präzisere Begriff für diese Entwicklung ist Souveränitätsdruck. Er beschreibt die Nachfrage nach Schutz, Kontrolle und Wirkung in einer Lage, in der viele Menschen den Eindruck haben, dass bestehende Systeme zu langsam, zu verschachtelt oder zu abhängig geworden sind.

Souveränität als politische Fähigkeit

Dafür muss Europa Souveränität anders verstehen als in der klassischen Zuständigkeitsdebatte. Die übliche Frage lautet oft: Wer darf entscheiden, Nationalstaat oder EU, mehr Integration oder weniger Integration, Brüssel oder Hauptstadt, Gemeinschaftsmethode oder nationale Kontrolle? Diese Fragen bleiben relevant, aber sie erfassen nur einen Teil des Problems.

Souveränität im 21. Jahrhundert ist nicht nur rechtliche Zuständigkeit. Sie ist die Fähigkeit eines demokratischen Gemeinwesens, zentrale Schutz- und Funktionsversprechen glaubwürdig einzulösen: Energieversorgung, Sicherheit, Verteidigung, Grenzmanagement, digitale Infrastruktur, Kapitalzugang, industrielle Kapazität, Datenfähigkeit, Verwaltung, Beschaffung, Technologieadoption und wirtschaftliche Perspektive.

Auf dem Papier kann ein Staat zuständig sein. Auf dem Papier kann die EU koordinieren. Auf dem Papier kann ein Programm beschlossen sein. In der Realität zählt, ob daraus Wirkung entsteht.

Genau hier liegt Europas Schwachstelle. Europa besitzt viele Machtressourcen: Marktgröße, industrielle Basis, Forschung, private Ersparnisse, Standards, Rechtsstaatlichkeit, Talente, Kaufkraft, internationale Reputation und demokratische Legitimität. Aber diese Ressourcen werden zu langsam in politische und wirtschaftliche Fähigkeit übersetzt. Marktgröße wird nicht schnell genug zu Skalierung. Ersparnisse werden nicht ausreichend zu Wachstumskapital. Forschung wird zu selten zu Unternehmensmacht. Verteidigungsausgaben werden zu langsam zu industrieller Lieferfähigkeit. Digitalregeln werden zu selten zu digitaler Produktivität.

Das ist nicht nur ein wirtschaftliches Problem. Es ist ein politisches. Bürger bewerten Institutionen nicht nur nach Absicht. Sie bewerten sie nach erlebter Fähigkeit. Wer Preissteigerungen, Sicherheitsunsicherheit, überlastete Verwaltung, langsame Infrastruktur, digitale Abhängigkeiten und politische Dauerankündigungen erlebt, hört europäische Strategiepapiere anders. Nicht weil Strategien falsch wären, sondern weil Strategien ohne sichtbare Wirkung das Gefühl von Kontrollverlust nicht reduzieren.

Souveränitätsdruck ist damit die politische Übersetzung einer Umsetzungslücke. Er entsteht dort, wo Erwartung und Wirkung auseinanderlaufen: Schutz wird versprochen, Unsicherheit bleibt; Kontrolle wird erwartet, Komplexität wächst; gemeinsame Stärke wird beschworen, aber nationale Schnittstellen dominieren; demokratische Handlungsfähigkeit wird verteidigt, ohne dass Verfahren ausreichend sichtbare Ergebnisse erzeugen.

Dieser Druck sucht sich politische Anbieter. Er kann national beantwortet werden, wenn Parteien versprechen, Kontrolle zurückzuholen. Er kann populistisch beantwortet werden, wenn schnelle Durchgriffe angekündigt werden. Er kann technokratisch beantwortet werden, wenn neue Programme entstehen. Er kann aber auch europäisch beantwortet werden, wenn Europa Souveränität nicht nur behauptet, sondern praktisch einlöst.

Welche Antwort glaubwürdig wird, hängt davon ab, wer das Schutzversprechen in sichtbare Wirkung übersetzt.

Rechtsruck ist nur das Symptom Souveränitätsdruck ist die Nachfrage

Warum Kontrolle, Schutz und Verlässlichkeit politisch neu sortieren



Nicht die Richtung allein zählt —
sondern die Nachfrage nach Schutz, Kontrolle
und Verlässlichkeit.



01

Sichtbare Verschiebung

rechte und
souveränistische
Kräfte gewinnen
Gewicht

die EPP bleibt
stärkste Kraft

die politische Mitte
wird neu sortiert

Europa kippt nicht
geschlossen in eine
Richtung



von politischem Signal
zu operativer Nachfrage

02

Verschiedene Themen, ähnliche Erwartung

Migration =
Kontrollfrage

Energie =
Preis-, Industrie-
und Sicherheitsfrage

Verteidigung =
Schutzversprechen

Digitalisierung =
KI, Manipulation
und Macht

Bürokratie =
Symbol institutioneller
Trägheit

03

Souveränität als politische Fähigkeit

Energieversorgung	Sicherheit & Verteidigung	Grenzmanagement	digitale Infrastruktur
Kapitalzugang	industrielle Kapazität	Datenfähigkeit	Verwaltung
Beschaffung	Technologieadoption	wirtschaftliche Perspektive	

“

Souveränität ist im 21. Jahrhundert nicht nur Zuständigkeit.
Sie ist die Fähigkeit, Schutz- und Funktionsversprechen
glaubwürdig einzulösen.

”

03

SEKTION

Der Stresstest: Sicherheit, Verteidigung und Verwaltung

Wo sich Europas Handlungsfähigkeit konkret entscheidet

Vom Wohlstandsraum zum Sicherheitsraum

Europa hat lange von einem starken Legitimitätsvorrat gelebt. Frieden, Binnenmarkt, Rechtsstaatlichkeit, Wohlstand, Mobilität, Handel, Stabilität und die Überwindung nationaler Konflikte waren reale historische Leistungen. Sie bleiben zentral. Aber sie reichen als alleinige Erzählung nicht mehr.

Die politische Umwelt hat sich verändert. Russlands Krieg gegen die Ukraine hat Sicherheit zurück in das Zentrum europäischer Politik gebracht. Energiepreise haben gezeigt, wie verletzlich private Haushalte und Industrie werden, wenn strategische Abhängigkeiten zu lange unterschätzt werden. Migration bleibt ein Feld, in dem Bürger Ordnung, Humanität, Kontrolle und administrative Leistungsfähigkeit gleichzeitig erwarten. Digitale Öffentlichkeiten erzeugen neue Verwundbarkeiten durch Desinformation, KI-generierte Manipulation und externe Einflussnahme. Industrie und Mittelstand spüren Kapital-, Energie-, Regulierungs-, Fachkräfte- und Genehmigungsfriktionen nicht als abstrakte Strukturprobleme, sondern als konkrete Investitionsbremsen.

Flash Eurobarometer 574 zeigt, wie tief Sicherheitsfragen inzwischen in der Bevölkerung angekommen sind. 68 Prozent der Europäer sehen die Sicherheit ihres eigenen Landes bedroht. 42 Prozent sehen ihre persönliche Sicherheit bedroht. In Frankreich liegt die nationale Bedrohungswahrnehmung bei 80 Prozent, in den Niederlanden und Dänemark bei 77 Prozent, in Deutschland bei 75 Prozent.

Europa ist damit aus der Komfortzone der Wohlstandsverwaltung herausgefallen. Für viele Bürger ist Handlungsfähigkeit keine Effizienzsprache mehr. Sie ist Sicherheitsrealität.

Verteidigung: Vom Haushaltsansatz zur Schutzfähigkeit

Der erste große Stresstest ist Verteidigung. Nirgends wird der Unterschied zwischen Zuständigkeit, Geld und Wirkung so klar wie hier. Die European Defence Agency weist für 2024 Verteidigungsausgaben der 27 EU-Mitgliedstaaten von 343 Milliarden Euro aus. Das entspricht einem Anstieg von 19 Prozent gegenüber 2023 und 1,9 Prozent des BIP. Für 2025 werden rund 381 Milliarden Euro in konstanten Preisen beziehungsweise 392 Milliarden Euro in laufenden Preisen erwartet. Das entspräche etwa 2,1 Prozent des BIP.

Die Ausgabenseite wächst deutlich. Aber Sicherheit entsteht nicht durch Haushaltsansätze allein. Verteidigungsausgaben sind ein Anfang, keine Garantie. Entscheidend ist, ob aus Geld rechtzeitig Schutzfähigkeit wird.

Aus Budget muss Beschaffung werden, aus Beschaffung gemeinsame Spezifikationen, aus Spezifikationen Produktionslinien. Erst danach entstehen Lieferfähigkeit, Wartung, Munition, Sensorik, Software, Interoperabilität und einsatzfähige Systeme. Nationale Programme müssen in gemeinsame Wirkung übersetzt werden, sonst bleibt zusätzliche Ausgabe nur ein höherer Input.

Wenn 27 Mitgliedstaaten strategische Güter mit unterschiedlichen Anforderungen, Industriezielen, Beschaffungslogiken, Zeitplänen und politischen Rücksichten kaufen, entsteht nicht automatisch europäische Stärke. Häufig entstehen kleinere Serien, längere Zyklen, geringere Skaleneffekte und mehr Koordinationsaufwand. Das ist Spezifikationskomplexität, nicht strategische Kraft.

Ein brauchbarer europäischer Umsetzungsauftrag in der Verteidigung müsste deshalb enger beginnen als viele Strategiepapiere. Er würde nicht abstrakt mit „mehr Verteidigungsfähigkeit“ starten, sondern mit einem klar begrenzten Fähigkeitsziel: zusätzliche Munitionsverfügbarkeit, Drohnenabwehr, Luftverteidigung oder Wartungsfähigkeit für bestehende Systeme. Danach folgt keine allgemeine Maßnahmenliste, sondern ein verbindlicher politischer Vollzugspfad: gemeinsame Spezifikationskorridore, gebündelte Nachfrage, Produktionskapazitätsziele, Finanzierung, klare Zuständigkeit, feste Eskalationspunkte und eine Frist bis zur Einsatzfähigkeit. Erst wenn sichtbar ist, wann welche Fähigkeit verfügbar ist, wird aus Verteidigungsausgaben Abschreckungsfähigkeit.

Ursula von der Leyen hat diesen Zusammenhang auf der Munich Security Conference 2026 deutlich formuliert. Europa müsse einen strategischen Backbone aufbauen, unter anderem in Raumfahrt, Intelligence und Deep-Strike-Fähigkeiten. Gleichzeitig verband sie Abschreckung mit industrieller Skalierung: Stärke entsteht nicht aus Geld allein, sondern aus der Fähigkeit, Produktion über Zeit hochzufahren und durchzuhalten.

Die öffentliche Unterstützung ist vorhanden. Die Bedrohungswahrnehmung ist vorhanden. Die politische Dringlichkeit ist vorhanden. Die Ausgaben steigen. Entscheidend ist, ob daraus rechtzeitig Schutzfähigkeit entsteht. Ein Europa, das Sicherheit

verspricht, aber in Beschaffung, Standards, Produktionskapazität und Lieferfähigkeit zu langsam bleibt, verliert Vertrauen. Nicht weil Bürger militärische Planungsdetails kennen. Sondern weil sie spüren, ob ein System in kritischen Situationen handlungsfähig wirkt.

Verwaltung und Binnenmarkt: Friktion wird politisch

Der zweite Stresstest ist weniger spektakulär, aber im Alltag fast wichtiger: Verwaltung, Binnenmarkt und operative Friktion. Souveränitätsdruck entsteht nicht nur an geopolitischen Bruchstellen. Er entsteht auch dort, wo ein Nachweis doppelt eingereicht werden muss, eine Genehmigung unklar bleibt, ein Portal nicht funktioniert, ein Anerkennungsprozess Monate dauert oder eine Zuständigkeit zwischen Ebenen verschwindet.

Für Unternehmen wird Europa konkret, wenn der Binnenmarkt in der Realität nicht wie ein Markt wirkt. Wenn Dienstleistungen anders reguliert sind, Datenformate nicht zusammenpassen, Rechnungen hängen bleiben, Beschaffung national bleibt, Genehmigungen dauern, Kapital lokal gefangen ist, Fachkräfte nicht mobil genug sind oder digitale Verfahren für grenzüberschreitende Nutzer nur begrenzt funktionieren.

Der 2026 Annual Single Market and Competitiveness Report macht diese operative Friktion sichtbar. Administrative Belastungen für Unternehmen und Verwaltungen werden auf 150 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt. Ziel ist eine Reduktion um mindestens 25 Prozent, für KMU um mindestens 35 Prozent. Die bereits vorgeschlagenen Omnibus- und weiteren Initiativen sollen wiederkehrende administrative Belastungen um rund 15 Milliarden Euro pro Jahr senken.

Auch bei der Digitalisierung zeigt sich die Lücke zwischen Anspruch und operativer Realität. Nur 20,6 Prozent der Single-Market-relevanten Verwaltungsverfahren waren 2024 für grenzüberschreitende Nutzer vollständig online. Das ist keine technische Randnotiz. Es zeigt, dass der Binnenmarkt für viele Nutzer nicht an den großen politischen Begriffen hängt, sondern an konkreten Kontaktpunkten: Nachweisen, Portalen, Zahlungsflüssen, Beschaffungspfaden, Genehmigungen und digitalen Brüchen.

Ein konkreter Umsetzungsauftrag für Verwaltung und Binnenmarkt würde nicht mit der pauschalen Formel „weniger Bürokratie“ beginnen. Er müsste mit einer

priorisierten Liste starten: die zehn wichtigsten grenzüberschreitenden Unternehmensverfahren, vollständig online, mehrsprachig, mit Once-only-Nachweisen, klaren Fristen und einer messbaren Abbruchquote. Für Bürger und Unternehmen wäre entscheidend, ob sie ein Verfahren tatsächlich abschließen können, ohne zwischen nationalen Portalen, Dokumentformaten und Zuständigkeitslogiken zu springen. Die relevanten Maßstäbe wären Bearbeitungszeit, Nachweiswiederholung, Nutzerabbrüche, Fristüberschreitungen und tatsächliche Online-Abschlussquote.

Der gleiche Bericht verweist auf fragmentierte öffentliche Beschaffung. Mehr als 44.000 öffentliche Behörden kaufen Dienstleistungen, Bauleistungen und Lieferungen. Das Volumen liegt bei rund 15 Prozent des BIP, etwa 2,5 Billionen Euro. Wenn diese Beschaffung fragmentiert, langsam oder national kleinteilig bleibt, ist sie nicht nur Verwaltung. Sie ist ein verpasster Skalierungshebel.

Auch verspätete Zahlungen zeigen, wie operative Friktion wirtschaftlich und politisch relevant wird. SMEunited verweist auf eine Umfrage mit 3.503 Antworten, in der 73 Prozent der befragten Unternehmen Probleme mit verspäteten Zahlungen melden. Für KMU bedeutet das gebundenes Working Capital, verschobene Investitionen, verlorene Zeit und geringere Wettbewerbsfähigkeit.

Ein Bürger unterscheidet nicht sauber zwischen europäischer Zuständigkeit, nationaler Umsetzung, lokaler Verwaltung und politischer Kommunikation. Er erlebt ein System. Wenn dieses System langsam, redundant oder nicht anschlussfähig wirkt, wird Verantwortung politisch verdichtet. Dann entsteht der Satz: Die bekommen es nicht hin.

An dieser Stelle kippt Verwaltung in Legitimität. Es reicht nicht, dass Europa gute Regeln formuliert. Regeln müssen so gebaut sein, dass Bürger und Unternehmen Fortschritt spüren.

Europa braucht nicht weniger Werte. Es braucht Regeln, die Werte ausführbar machen.

Der Stresstest: Sicherheit, Verteidigung und Verwaltung

Wo sich Europas Handlungsfähigkeit konkret entscheidet



Europa bewegt sich vom Wohlstandsraum zum Sicherheitsraum.



Verteidigung: Vom Haushaltsansatz zur Schutzfähigkeit



- Budget
- Beschaffung
- gemeinsame Spezifikationen
- Produktionslinien
- Lieferfähigkeit, Wartung, Munition, Interoperabilität
- Einsatzfähigkeit

Input ist nicht automatisch Schutzfähigkeit.

Verwaltung und Binnenmarkt: Friktion wird politisch



- Once-only-Nachweise
- mehrsprachige Portale
- klare Fristen
- interoperable Daten
- messbare Abbruchquote

“ Souveränität zeigt sich nicht nur an Strategien, sondern daran, ob Schutzfähigkeit und abschließbare Verfahren real entstehen. ”

04

SEKTION

Europas Umsetzungslücke

Warum Diagnose nicht mehr reicht

Die Diagnose ist bekannt

Europa hat viele Diagnosen. Draghi, Letta, OECD, IMF, EIB, Kommission, Industrieverbände, Think Tanks und Zentralbanken beschreiben seit Jahren ähnliche Engpässe: fragmentierte Kapitalmärkte, unvollständiger Binnenmarkt, schwache Scale-up-Finanzierung, zu langsame Technologieadoption, hohe Energiefriktionen, nationale Beschaffungslogiken, mangelnde Arbeitsmobilität, regulatorische Mehrfachkomplexität und schwache Umsetzungsgeschwindigkeit.

Das Problem liegt nicht mehr primär darin, dass Europa seine Schwächen nicht kennt. Es liegt im Übergang von Diagnose zu politischer Wirkung.

BusinessEurope formuliert es im Reform Barometer 2026 mit bemerkenswerter Klarheit: 18 Monate nach dem Draghi-Bericht sei die Diagnose der europäischen Herausforderungen weitgehend geteilt. Die Frage sei nicht mehr, was getan werden müsse, sondern ob Europa liefere. Der Titel selbst bringt es auf die Formel „from diagnosis to delivery“.

Der Vollzug bleibt zu langsam

EPICs Draghi Observatory Implementation Index versucht diese Umsetzungslücke zu messen. Die Januar-2026-Aktualisierung untersucht, wie weit Draghi-Empfehlungen in bindendes EU-Recht übersetzt wurden. Von 383 Maßnahmen waren 58 vollständig umgesetzt. Das entspricht 15,1 Prozent. Weitere 91 Maßnahmen waren teilweise umgesetzt. Vollständig oder teilweise umgesetzt waren damit 38,9 Prozent. 234 Maßnahmen, also 61,1 Prozent, waren noch in Bearbeitung oder nicht umgesetzt.

Die Zahl ist nicht perfekt. EPIC selbst misst bewusst konservativ und rechtlich eng: Politische Absicht, Strategie und erwartete Wirkung zählen nicht als Umsetzung. Genau deshalb ist die Messung für dieses Whitepaper nützlich. Sie trennt politische Aktivität von tatsächlichem Vollzug. Und sie zeigt, dass Europa sich bewegt, aber noch nicht im Maßstab der eigenen Diagnose.

In politischen Systemen ist dieser Punkt heikel. Nach der Diagnose folgt nicht automatisch die Entscheidung. Nach der Entscheidung folgt nicht automatisch Umsetzung. Und nach der Umsetzung folgt nicht automatisch spürbare Wirkung. Genau diese Strecke entscheidet aber darüber, ob Bürger Vertrauen behalten.

Umsetzungsverantwortung statt Strategieinflation

Europa steht genau an diesem Punkt. Die Union muss nicht noch einmal beweisen, dass Kapitalmarktfragmentierung ein Problem ist. Sie muss europäische Ersparnisse produktiver in europäische Innovation, Infrastruktur und Industrie übersetzen. Sie muss nicht erneut darlegen, dass Verteidigung wichtig ist, sondern Geld schneller in interoperable Fähigkeiten, industrielle Kapazität und gemeinsame Beschaffung bringen. Sie muss nicht weiter erklären, dass Bürokratie belastet, sondern Verfahren kürzer, digitaler, einmaliger und grenzüberschreitend nutzbarer machen. Und sie muss den Binnenmarkt so bauen, dass Unternehmen ihn nicht in 27 operativen Varianten neu betreten müssen.

Der politische Druck entsteht nicht aus fehlenden Papieren. Er entsteht aus fehlender Umsetzungskraft.

Dafür braucht Europa eine andere politische Arbeitsweise. Nicht jedes Problem verlangt sofort nach einer neuen Gesamtstrategie. Viele Engpässe brauchen eine Form verbindlicher Umsetzungsverantwortung: eine begrenzte Priorität, eine zuständige Stelle, ein Budget, eine Frist, eine Eskalationslogik und einen öffentlichen Maßstab, an dem Fortschritt gemessen wird. Das klingt technisch. Aber genau diese Strecke entscheidet, ob ein demokratisches Ziel im Alltag ankommt.

Die neue Sprache der europäischen Führung

Bemerkenswert ist, dass Europas Spitzenpolitik inzwischen selbst in einer Sprache spricht, die diesen Souveränitätsdruck bestätigt. Emmanuel Macron formulierte in Davos 2026, Europa müsse seine zentralen Probleme lösen: fehlendes Wachstum, fehlendes Pro-Kopf-Wachstum und zurückbleibende Wettbewerbsfähigkeit. Seine drei Säulen für mehr Souveränität, Effizienz und Wachstum waren Schutz, Vereinfachung und Investition. Das ist keine klassische Integrationsrhetorik. Es ist eine machtpolitische und operative Sprache.

Friedrich Merz forderte in Davos 2026, Europa müsse Verteidigung, Wettbewerbsfähigkeit und Einheit stärken. In der offiziellen Bundesregierungs-version seiner Rede findet sich der Vorschlag einer „Notbremse“ für Bürokratie, mehr Diskontinuität in der Gesetzgebung und ein modernisiertes EU-Budget, das Wettbewerbsfähigkeit ins Zentrum stellt. Auch das ist keine abstrakte Europa-Erzählung, sondern eine Reaktion auf Souveränitätsdruck.

Christine Lagarde beschreibt Europas Kapital- und Binnenmarktproblem als strategische Schwäche. In ihrer Rede „From resilience to strength“ argumentiert sie, Europas bisherige Stärke im externen Handel werde in einer fragmentierteren Welt verletzlicher. Besonders hart ist ihre Analyse zu Kapital: Wenn US-Märkte europäische Ersparnisse in produktivere Sektoren kanalisieren, wächst die Leistungslücke weiter; daraus entsteht ein Kreislauf aus stagnierender Produktivität zu Hause und wachsender Abhängigkeit.

Die EU-Institutionen haben mit „One Europe, One Market“ eine Roadmap angekündigt, die bis Ende 2027 entscheidende Fortschritte in fünf Feldern erreichen soll: Vereinfachung von Regeln, stärker integrierter Binnenmarkt, starker Handel, niedrigere Energiepreise und Dekarbonisierung sowie digitale und KI-Transformation.

Diese Sprache zeigt, dass Souveränitätsdruck kein Randphänomen ist. Er ist in der europäischen Führungssprache angekommen. Die Konflikte liegen inzwischen weniger in der Diagnose als im Instrumentenmix, in der Geschwindigkeit, im Vollzug und in der Frage, wer welche Souveränitätskosten trägt.

Europa weiß inzwischen, dass Binnenmarkt, Kapital, Energie, Industrie, Verteidigung, KI und Verwaltung keine getrennten Dossiers mehr sind. Sie sind die politische Infrastruktur europäischer Handlungsfähigkeit.

Europas Umsetzungslücke

Warum Diagnose nicht mehr reicht



Die Diagnose ist bekannt. Der Vollzug bleibt zu langsam.



EPIC's Draghi Observatory Implementation Index



Von Diagnose zu Delivery



Diagnosen seit Jahren ähnlich: Kapitalmärkte, Binnenmarkt, Scale-up-Finanzierung, Technologie-adoption, Energie, Beschaffung, Mobilität, Umsetzungsgeschwindigkeit



Der politische Druck entsteht nicht aus fehlenden Papieren, sondern aus fehlender Umsetzungskraft



Nötig: Priorität, zuständige Stelle, Budget, Frist, Eskalationslogik, öffentlicher Maßstab

Die neue Sprache der europäischen Führung



Macron:

Schutz, Vereinfachung, Investition



Merz:

Verteidigung, Wettbewerbsfähigkeit, Einheit



Lagarde:

von Resilienz zu Stärke



Roadmap 2027:

Regeln vereinfachen, Binnenmarkt integrieren, Handel stärken, Energie & Dekarbonisierung, Digital & KI

“

Europa hat kein Erkenntnisproblem mehr. Europa hat ein Delivery-Problem.

”

05

SEKTION

Souveränität entsteht durch Anwendung

Kapital, KI, Regeln und Interessenvertretung als politische
Übersetzungsfragen

KI als Umsetzungsfrage

Souveränitätsdruck zeigt sich nicht nur in Sicherheitspolitik und Migration. Er zeigt sich auch in Kapital, Technologie und Produktivität.

Die Studie „Mind the Gap: AI Adoption in Europe and the U.S.“ zeigt für 2026 eine messbare Adoptionslücke: 43 Prozent der US-Arbeitnehmer nutzen KI im Job, gegenüber 32 Prozent in den untersuchten europäischen Ländern. Auf Firmenebene nutzen laut Studie 2025 sieben Prozent der US-Firmen KI für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen, gegenüber vier Prozent der EU-Firmen.

Der Punkt ist nicht nur Infrastruktur. Brookings fasst den Mechanismus präzise zusammen: Ein großer Teil der Lücke hängt daran, ob Unternehmen Beschäftigte zur KI-Nutzung ermutigen und ihnen Tools zugänglich machen. KI wird nicht produktiv, wenn sie angekündigt wird. KI wird produktiv, wenn sie in Arbeitsprozesse eingebaut wird.

Ein europäischer Umsetzungsauftrag für KI müsste deshalb nicht nur Rechenzentren, Modelle und Regulierung adressieren. Er müsste dort ansetzen, wo Produktivität entsteht: in Unternehmen, Verwaltungen und industriellen Prozessen. Konkreter wäre ein Programm, das öffentliche Beschaffung, KMU-Adoption, Zugang zu Werkzeugen, Qualifizierung und Prozessintegration verbindet. Der Maßstab wäre nicht die Zahl der veröffentlichten KI-Strategien, sondern die tatsächliche Nutzung in Kernprozessen: Bearbeitungszeit, Fehlerquote, Servicegeschwindigkeit, Dokumentationsaufwand, Wartungsplanung, Angebotskalkulation, Qualitätsprüfung oder Genehmigungsprüfung.

Kapital als politischer Transmissionsriemen

Dasselbe gilt für Kapital. Europa hat Ersparnisse. Aber zu viel Kapital liegt sicher, national, fragmentiert oder außerhalb europäischer Skalierungspfade. Lagarde beschreibt den Kreislauf, in dem europäische Ersparnisse in US-Märkte fließen, dort produktivere Sektoren finanzieren und dadurch die europäische Produktivitätslücke vergrößern.

Das ist keine technische Finanzmarktische. Es ist Souveränitätsinfrastruktur. Wenn europäische Forschung, europäische Talente und europäische Start-ups am Ende anderswo skalieren, wird aus

europäischem Input nicht europäische Wirkung. Wenn Kapitalmarktunion, Savings and Investments Union und Wachstumsfinanzierung nicht ausführbar werden, bleibt Souveränität eine Erklärung ohne Transmissionsriemen.

Auch hier reicht die Formel „mehr Kapital mobilisieren“ nicht. Ein brauchbarer Ansatz müsste zeigen, welche Kapitalströme wofür geöffnet werden: Wachstumsfinanzierung für Scale-ups, industrielle Modernisierung, Energieinfrastruktur, Verteidigungsproduktion, KI-Anwendung, Deep-Tech-Transfer. Dazu gehören geeignete Vehikel, Risikoteilung, Pensions- und Versicherungskapital, Exit-Pfade, Börsenliquidität und ein europäischer Nachfragepfad. Entscheidend ist, ob europäische Ersparnisse produktiver in europäische Fähigkeit übersetzt werden.

Souveränität im 21. Jahrhundert entsteht nicht durch Ansage. Sie entsteht durch Anwendung: in Firmen, in Beschaffung, in Kapitalmärkten, in Energieinfrastruktur, in Verwaltungsprozessen, in Verteidigungsproduktion, in KI-Workflows und in skalierbaren Geschäftsmodellen. Europa hat nicht nur ein Technologieproblem. Europa hat ein Implementierungsproblem.

Interessenvertretung als Prüfung demokratischer Ausführbarkeit

An dieser Stelle gehört auch Lobbyismus in die Analyse, allerdings nicht als moralische Nebenanklage. Interessenvertretung ist in einer komplexen Union notwendig. Europäische Gesetzgebung betrifft Lieferketten, Finanzmärkte, Energiepreise, Chemikalien, Arbeitsrechte, digitale Plattformen, Verwaltungssysteme, Sicherheitsarchitekturen, Kommunen, Forschung und Mittelstand. Kein Parlament und keine Kommission kann all diese Realitäten aus sich selbst heraus vollständig kennen.

Unternehmen, Verbände, Gewerkschaften, Kommunen, Wissenschaft, Verbraucherorganisationen, Umweltverbände, Sozialträger, Start-ups und Verwaltungen liefern Wissen, ohne das Gesetzgebung leicht abstrakt wird. Gute Interessenvertretung kann Regeln realistischer machen, unbeabsichtigte Nebenfolgen sichtbar machen und Umsetzungsfehler verhindern.

Das Problem beginnt dort, wo Interessenverarbeitung asymmetrisch wird. Große Organisationen haben Brussels Offices, spezialisierte Kanzleien, Verbandsapparate, Daten, Kontakte und

Kapazitäten für Konsultationen. Ein kleiner Zulieferer, eine Kommune, ein Handwerksbetrieb, ein Pflegedienst, ein Grenzpendler oder eine operative Behörde erlebt dieselben Regeln später im Alltag, hat aber selten vergleichbare Zugänge zur Entstehung dieser Regeln.

Genau daraus kann Souveränitätsdruck entstehen. Nicht aus Lobbyismus an sich, sondern aus dem Eindruck, dass Politik professionell besprochen, aber nicht realitätsnah gebaut wird. Wer später in der Umsetzung hängt, erkennt sich im Entstehungsprozess oft nicht wieder.

Die EU hat mit dem Transparenzregister eine wichtige Grundlage. Es macht sichtbar, welche Organisationen, Gruppen oder Einzelpersonen Einfluss auf EU-Politik und Entscheidungsprozesse nehmen wollen. Aber Transparenz über Akteure beantwortet nur einen Teil der Vertrauensfrage. Noch wichtiger ist die nächste Ebene: Welche Argumente wurden gehört? Welche Umsetzungsrisiken wurden übernommen? Welche Betroffenen waren unterrepräsentiert? Welche Einwände wurden verworfen und warum?

Gerade die Vereinfachungs- und Omnibus-Debatte zeigt, wie sensibel dieser Punkt ist. Die Kommission verfolgt das Ziel, EU-Regeln klarer, einfacher und besser durchgesetzt zu machen. Gleichzeitig hat die Europäische Ombudsstelle im Zusammenhang mit dringlichen Gesetzgebungsverfahren Verfahrensmängel bei Begründung, Transparenz und Anwendung der Better-Regulation-Regeln beanstandet. Das ist mehr als ein Prozeduredetail. Wenn Vereinfachung als beschleunigter Durchgriff wahrgenommen wird, leidet Vertrauen. Wenn Vereinfachung sauber begründet, konsultiert und auf ihre praktische Wirkung geprüft ist, kann sie Legitimität stärken.

Der Maßstab sollte daher nicht sein, ob Interessen gehört werden. In einer Demokratie müssen Interessen gehört werden. Der Maßstab muss sein, ob politische Entscheidungen ihre Interessenverarbeitung offenlegen, Umsetzbarkeit prüfen und schwächer organisierte Betroffene systematisch einbeziehen.

Gute Interessenvertretung verbessert Ausführbarkeit. Schlechte Interessenverarbeitung produziert Legitimitätsverlust.

Vereinfachung ohne Schutzabbau

Ein ausführbareres Europa darf nicht mit einem Europa verwechselt werden, das seine Schutzstandards preisgibt. Gewerkschaften, Umweltorganisationen, zivilgesellschaftliche Gruppen und kritische Beobachter warnen zu Recht davor, dass „Simplification“ als Deckwort für Deregulierung genutzt werden kann. Die ETUC fordert ausdrücklich reale Vereinfachung, die Beschäftigungsstandards und Rechte nicht untergräbt. Corporate Europe Observatory beobachtet die Deregulierungsagenda kritisch. Umweltorganisationen warnen, eine unkontrollierte Deregulierungswelle könne den Binnenmarkt fragmentieren, Unsicherheit für Unternehmen schaffen und Klima-, Gesundheits- und Sicherheitsziele schwächen.

Diese Gegenperspektive ist wichtig. Europas Problem besteht nicht darin, dass es Werte hat. Das Problem entsteht dort, wo Werte in Verfahren übersetzt werden, die schwer ausführbar sind. Die Lösung liegt nicht im Abbau von Schutz, sondern in besserer Ausführbarkeit.

Regeln müssen schützen, ohne unnötige Mehrfachkomplexität zu erzeugen. Sie müssen harmonisieren, statt 27 operative Varianten zu produzieren. Sie müssen Bürgern, Unternehmen und Verwaltungen klare Pfade geben. Sie müssen digitale Nachweise, Once-only-Prinzipien und interoperable Datenmodelle ermöglichen. Sie müssen grenzüberschreitend nutzbar sein und Wirkung erzeugen.

Europa darf Vereinfachung nicht als Schutzabbau erzählen. Dann verliert es die soziale und demokratische Mitte. Der bessere Maßstab ist weniger Reibungsverlust zwischen Wert und Wirkung.

Ein Beispiel dafür ist die oft verspottete EU-Regel zu befestigten Plastikflaschendeckeln. Sie wurde in Teilen der Öffentlichkeit als Symbol bürokratischer Übergriffigkeit behandelt. Kritiker der Deregulierung verweisen dagegen darauf, dass solche Regeln reale Umweltprobleme adressieren. Der Punkt ist nicht, ob jede einzelne Regel kommunikativ gelungen ist. Entscheidend ist, ob Regulierung ihre Ziele mit möglichst wenig unnötiger Reibung erreicht. Regulierung ist nicht automatisch Trägheit. Schlechte Ausführbarkeit ist Trägheit.

Europa sollte deshalb nicht in die falsche Alternative geraten: entweder Schutz oder Wettbewerbsfähigkeit. Ein souveränes Europa braucht beides.

Souveränität entsteht durch Anwendung

Kapital, KI, Regeln und Interessenvertretung als politische Übersetzungsfragen



Souveränität entsteht nicht durch Ansage.
Sie entsteht durch Anwendung.



01 KI als Umsetzungsfrage



43 %

US-Arbeitnehmer nutzen KI im Job



32 %

Arbeitnehmer in untersuchten europäischen Ländern nutzen KI im Job



7 %

US-Firmen nutzen KI für Güter- und Dienstleistungsproduktion



4 %

EU-Firmen nutzen KI dafür



Produktiv wird KI erst, wenn sie in Arbeitsprozesse eingebaut wird.

02 Kapital als politischer Transmissionsriemen



europäische Ersparnisse



fragmentierte oder sichere Anlage



Kapital fließt in US-Märkte



produktive Sektoren anderswo wachsen



europäische Produktivitätslücke vergrößert sich



Kapitalmarktunion und Wachstumsfinanzierung sind Souveränitätsinfrastruktur.

03 Interessenvertretung als Praxistest



Gute Interessenvertretung

- liefert Wissen
- macht Regeln realistischer
- zeigt Nebenfolgen
- verhindert Umsetzungsfehler



Schlechte Interessenverarbeitung

- asymmetrische Zugänge
- unterrepräsentierte KMU, Kommunen, operative Verwaltungen
- Vertrauensverlust
- Legitimitätsrisiko



Maßstab ist nicht, ob Interessen gehört werden — sondern wie offen und praktisch belastbar ihre Verarbeitung ist.

04 Vereinfachung ohne Schutzabbau



Werte schützen



unnötige Mehrfachkomplexität reduzieren



Once-only und interoperable Datenmodelle



grenzüberschreitend nutzbare Regeln



Der bessere Maßstab ist weniger Reibungsverlust zwischen Wert und Wirkung.

“

Europa hat nicht nur ein Technologieproblem.
Europa hat ein Implementierungsproblem.

”

06

SEKTION

Die demokratische Antwort

Wie Europa Souveränitätsdruck in
Handlungsfähigkeit übersetzen kann

Die Nachfrage nach Handlungsfähigkeit ist legitim

Die politische Gefahr liegt nicht darin, dass Bürger Handlungsfähigkeit verlangen. Diese Nachfrage ist legitim. Die Gefahr liegt darin, dass demokratische und europäische Institutionen diese Nachfrage zu langsam beantworten. Dann entsteht ein Deutungsraum, in dem andere Kräfte Handlungsfähigkeit einfacher, härter und nationaler besetzen.

Wer Bürgerfrust nur moralisch bewertet, übersieht die dahinterliegende Mechanik. Menschen reagieren nicht nur auf Parolen. Sie reagieren auf erlebte Unsicherheit, Kaufkraftdruck, Kontrollverlust, nicht erklärbare Verzögerungen und das Gefühl, dass große Systeme zwar sprechen, aber nicht mehr zuverlässig leisten.

Populistische und souveränistische Kräfte profitieren dort, wo sie diese Erfahrung in einfache Kontrolle übersetzen können: weniger Abstimmung, weniger Komplexität, weniger Europa, mehr nationale Entscheidung, mehr direkter Durchgriff. Diese Angebote können kurzfristig politisch stark sein. Sie lösen jedoch nicht automatisch die operativen Probleme.

Eine nationale Souveränitätsrhetorik schafft noch keine gemeinsamen Verteidigungsstandards, keine tiefen Kapitalmärkte, keine europäische KI-Adoption, keine schnellere Energieinfrastruktur, keine weniger fragmentierte Beschaffung, keinen operativ nutzbaren Binnenmarkt und keine europäische industrielle Skalierung. Souveränität ist kein Gefühl allein. Sie muss gebaut werden.

Interessen in wirksame Gesetzgebung übersetzen

Die demokratische Antwort auf Souveränitätsdruck kann nicht nur darin bestehen, vor Populismus zu warnen. Sie muss zeigen, dass Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Wirkung zusammengehen können. Für EU-Abgeordnete liegt genau hier ein unterschätzter Hebel.

Das Parlament ist nicht nur eine Arena für Positionen. Es kann zu einem Ort werden, an dem Interessen, Werte und praktische Wirklichkeit in tragfähige politische Mandate übersetzt werden. Das wäre eine erfrischende und konkrete Rolle: nicht Lobbyismus bekämpfen, nicht Expertise abwehren, sondern Interessenverarbeitung so organisieren, dass am Ende bessere, überprüfbare und praktisch tragfähige Regeln entstehen.

Dafür braucht jedes größere Gesetzgebungsvorhaben eine kompakte Interessen- und Umsetzungsnotiz. Sie müsste keine neue Bürokratie erzeugen, sondern zentrale Fragen beantworten:

- Welche Gruppen wurden gehört?
- Welche Betroffenen waren unterrepräsentiert?
- Welche praktischen Einwände wurden übernommen, welche verworfen?
- Welche Annahmen sind unsicher?
- Welche Vollzugsrisiken bleiben offen?

Noch wichtiger wäre ein Praxis- und Vollzugstest vor der finalen Abstimmung.

- Welche konkreten Prozesse ändern sich?
- Welche Daten müssen Unternehmen oder Behörden neu liefern?
- Welche IT-Systeme müssen angepasst werden?
- Welche Nachweise entstehen zusätzlich?
- Welche Fristen sind realistisch?
- Welche Kosten fallen einmalig und laufend an?
- Welche kleinen Unternehmen, Kommunen oder Verwaltungen sind besonders betroffen?

Das wäre keine technokratische Zusatzschicht. Es wäre parlamentarische Qualitätssicherung.

Schwächer organisierte Betroffene systematisch einbeziehen

Nicht alle Interessen sind gleich gut organisiert. Große Unternehmen und Verbände können Brüssel kontinuierlich bespielen. Kleine Unternehmen, Kommunen, Pflegeeinrichtungen, Handwerksbetriebe, Grenzregionen, Start-ups und operative Verwaltungen melden sich oft erst, wenn Regeln bereits beschlossen sind.

Ein realistischer parlamentarischer Standard wäre deshalb eine zweite Rückkopplungsschleife bei zentralen Dossiers: ein KMU-Panel, ein Kommunal- oder Verwaltungspanel, ein Nutzer- oder Bürgerpanel, ein operatives Branchenpanel und ein kurzer Praxistest mit echten Prozessfällen.

Abgeordnete könnten damit eine Lücke schließen, die viele Bürger und Unternehmen spüren.

Verbindliche Umsetzungsaufträge statt Strategieinflation

Ein ausführbareres Europa würde den Begriff Souveränität nicht den Extremen überlassen. Es würde ihn demokratisch ausfüllen. Souveränität würde dann nicht Rückzug in kleinere Märkte bedeuten, sondern gemeinsame Wirkung dort, wo nationale Alleingänge zu klein, zu teuer oder zu langsam sind: bei Verteidigung, Energie, digitaler Infrastruktur, Kapitalmärkten, Industriepolitik, Verwaltung, Forschung, Skalierung und der Resilienz demokratischer Öffentlichkeiten.

Die operative Konsequenz ist kein abstrakter Ruf nach „mehr Europa“. Mehr Europa hilft nicht, wenn daraus nur mehr Verfahren entstehen. Weniger Europa hilft ebenso wenig, wenn nationale Systeme für globale Technologie-, Sicherheits-, Kapital- und Industriefragen zu klein sind.

Die bessere Frage lautet: Welche gemeinsam legitimierten Ziele brauchen einen verbindlichen Umsetzungsauftrag, damit aus politischem Willen sichtbare Wirkung entsteht?

Ein solcher Auftrag verbindet ein klar begrenztes Ziel mit Zuständigkeit, Finanzierung, Zeitplan, Datenbasis, Vollzugsweg, Wirkungskontrolle und öffentlicher Rechenschaft. Er trennt Entscheidung und Umsetzung nicht künstlich voneinander. Er macht sichtbar, ob eine europäische Zusage im Alltag ankommt.

Das ist nicht kompliziert, aber es ist unbequem. Es zwingt Europa, nicht nur politisch zu formulieren, sondern politisch Verantwortung zu übernehmen. Wer ist zuständig? Welche Daten werden genutzt? Welcher Prozess wird vereinfacht? Welche Fähigkeit wird beschafft? Welches Kapital wird mobilisiert? Welche Frist gilt? Woran sieht ein Bürger oder Unternehmen, dass sich tatsächlich etwas verbessert?

Ein realistisches Forderungspaket an EU-Abgeordnete

Die folgenden Punkte sind keine Maximalforderungen. Sie sind ein realistisches Arbeitsprogramm für Abgeordnete, die europäische Handlungsfähigkeit glaubwürdig machen wollen.

Erstens: Machen Sie Interessenverarbeitung sichtbar, nicht nur Lobbytermine.

Das Transparenzregister ist wichtig. Aber Bürger müssen auch verstehen können, welche Argumente

tatsächlich in Gesetzgebung eingeflossen sind. Eine kurze Interessen- und Umsetzungsnotiz pro zentralem Dossier würde zeigen, wer gehört wurde, welche praktischen Risiken erkannt wurden und welche Gruppen unterrepräsentiert blieben.

Zweitens: Ergänzen Sie Konsultationen um Praxis- und Vollzugstests.

Konsultationen sammeln Positionen. Sie ersetzen keine Umsetzungsprüfung. Vor finalen Abstimmungen sollte klar sein, welche Prozesse, Daten, IT-Systeme, Nachweise, Fristen und Kosten durch ein Gesetz entstehen. Gerade KMU, Kommunen und operative Verwaltungen sollten systematisch getestet werden.

Drittens: Trennen Sie Vereinfachung sauber von Deregulierung.

Jede Vereinfachungsinitiative sollte drei Fragen beantworten: Welche konkrete Reibung wird reduziert? Welcher Schutzstandard bleibt erhalten? Woran messen wir, ob die Vereinfachung in der Praxis wirkt? Das verhindert die falsche Alternative zwischen Schutz und Wettbewerbsfähigkeit.

Viertens: Stimmen Sie nicht nur über Ziele ab, sondern über Umsetzungsaufträge.

Ein Gesetz sollte nicht nur beschreiben, was Europa will, sondern auch, wie Wirkung entstehen soll: Zuständigkeit, Datenbasis, Vollzugsweg, Finanzierung, Frist, Wirkungskontrolle und spätere Überprüfung. Das macht Politik nicht technokratischer, sondern rechenschaftspflichtiger.

Fünftens: Verlangen Sie nach 12 oder 24 Monaten eine öffentliche Umsetzungsbilanz.

Demokratische Verantwortung endet nicht mit der Abstimmung. Sie beginnt dort, wo politische Ziele auf Verwaltung, Unternehmen, Gerichte, IT-Systeme und Budgets treffen. Die Umsetzungsbilanz müsste beantworten: Sind Verfahren kürzer geworden? Sind Nachweise reduziert worden? Sind digitale Abschlüsse möglich? Sind Kosten gesunken oder nur verschoben worden? Welche Nebenfolgen sind entstanden?

Sechstens: Nutzen Sie KI, um Konsultationen nachvollziehbarer auszuwerten.

EU-Konsultationen erzeugen große Textmengen. KI kann helfen, Muster, wiederkehrende Risiken, fehlende Gruppen und widersprüchliche Annahmen sichtbar zu machen. Aber jede Auswertung muss auf Originalstellen zurückführbar sein. Das Ziel ist nicht automatisierte Politik, sondern weniger selektive und besser nachvollziehbare Interessenverarbeitung.

Siebtens: Machen Sie Europa nicht größer im Anspruch, sondern glaubwürdiger im Übergang zur Wirkung.

Europa wird nicht an seiner nächsten Strategie gemessen werden, sondern an Beschaffungszeiten, Genehmigungszeiten, digital abschließbaren Verfahren, Kapitalmobilisierung, Energieanschlüssen, KI-Nutzung in Unternehmen und industrieller Lieferfähigkeit.

Drei Beispiele für ausführbare Souveränität

In der Verteidigung würde ein solcher Auftrag nicht „mehr Defence“ heißen. Er würde ein konkretes Fähigkeitsziel benennen: etwa Munitionsverfügbarkeit, Drohnenabwehr, Luftverteidigung oder Wartungskapazität. Er würde Spezifikationskorridore, Nachfragebündelung, Produktionskapazität, Finanzierung und eine Frist bis zur Einsatzfähigkeit verbinden. Der politische Erfolg wäre nicht die Ankündigung zusätzlicher Milliarden, sondern die messbare Verfügbarkeit einer Fähigkeit.

Im Binnenmarkt würde ein solcher Auftrag nicht „Bürokratieabbau“ heißen. Er würde die wichtigsten grenzüberschreitenden Verfahren priorisieren und vollständig online, einmalig nachweispflichtig, mehrsprachig, fristgebunden und interoperabel machen. Der politische Erfolg wäre nicht die Zahl gestrichener Seiten, sondern die Frage, ob ein Unternehmen ein Verfahren ohne Medienbruch abschließen kann.

Bei KI und Kapital würde ein solcher Auftrag nicht „Innovationsförderung“ heißen. Er würde zeigen, wie europäische Ersparnisse, öffentliche Beschaffung, Unternehmensadoption und industrielle Modernisierung zusammenkommen. Der politische Erfolg wäre nicht die Zahl der Förderprogramme, sondern die tatsächliche Nutzung von KI in Arbeitsprozessen, die Skalierung europäischer Unternehmen und die Mobilisierung von Kapital in produktive europäische Fähigkeit.

Diese Beispiele zeigen, worum es geht: Souveränität wird nicht durch größere Begriffe erzeugt. Sie entsteht entlang konkreter Übergänge von Ziel zu Verfahren, von Verfahren zu Fähigkeit und von Fähigkeit zu sichtbarer Wirkung.

Ausführbarkeit als Legitimitätsarbeit

Ausführbarkeit ist Legitimitätsarbeit. Das klingt technisch, ist aber im Kern demokratisch. Es geht nicht darum, demokratische Verfahren durch Managementlogik zu ersetzen. Es geht darum, demokratisch legitimierte Ziele so zu gestalten, dass sie in der Wirklichkeit ankommen.

Ein demokratisches System darf langsam abwägen. Es muss Kompromisse organisieren. Es muss Minderheiten schützen. Es muss rechtlich sauber sein. Es darf nicht autoritäre Geschwindigkeit imitieren. Aber es darf Verfahren auch nicht mit Wirkung verwechseln.

Wenn ein System nur noch beweist, dass es korrekt beraten, konsultiert, reguliert und angekündigt hat, aber zu wenig zeigt, was sich dadurch im Alltag verbessert, entsteht Legitimitätsverlust. Nicht sofort, aber schleichend.

Europa braucht daher eine neue politische Nüchternheit: weniger Ankündigungslogik, mehr Vollzugsverantwortung; weniger Programminflation, mehr Rechenschaft; weniger nationale Sonderpfade dort, wo gemeinsame Wirkung nötig ist; mehr sichtbare Fortschritte und mehr gebaute Handlungsfähigkeit.

Das ist keine Absage an Europa. Es ist die Bedingung seiner politischen Stabilität. Denn die Bürger geben Europa weiterhin eine Chance. Die Umfragen zeigen Zustimmung, Schutzbedürfnis, Wunsch nach gemeinsamer Stimme und Nachfrage nach gemeinsamer Sicherheit. Aber diese Chance ist nicht unbegrenzt. Sie wird an Wirkung gekoppelt. Wenn Europa liefert, kann Souveränitätsdruck zu europäischer Handlungsfähigkeit werden. Wenn Europa nicht liefert, wird Souveränitätsdruck gegen Europa gerichtet.

Der Schluss

Der politische Trend in Europa ist real. Die Sprache ist härter geworden. Rechte und souveränistische Kräfte sind stärker. Migration, Sicherheit, Kontrolle, Kaufkraft, Energie und nationale Handlungsfähigkeit dominieren viele Debatten. Wer das ignoriert, versteht die politische Lage nicht.

Aber wer daraus nur einen Rechtsruck oder eine Anti-EU-Welle macht, versteht sie ebenfalls nicht. Die tiefere Bewegung ist Souveränitätsdruck. Menschen wollen Schutz in einer unsicheren Welt. Sie wollen Kontrolle über Systeme, die ihnen entgleiten. Sie wollen wirtschaftliche Perspektive, Sicherheit, funktionierende Verwaltung, bezahlbare Energie, geordnete Grenzen, produktive Technologie und eine Politik, die nicht nur erklärt, sondern liefert. Viele dieser Erwartungen kann kein europäischer Nationalstaat allein erfüllen. Aber auch die EU erfüllt sie nicht automatisch durch Zuständigkeit, Strategie oder Wertekommunikation. Europa muss seine eigene Stärke ausführbarer machen.

Das ist kein Plädoyer für weniger Demokratie. Es ist ein Plädoyer für demokratische Wirkung.

Die demokratische Antwort

Wie Europa Souveränitätsdruck in Handlungsfähigkeit übersetzen kann



Ausführbarkeit ist Legitimitätsarbeit.



Ein realistisches Forderungspaket an EU-Abgeordnete

- 1 offenlegen, wer gehört wurde
- 2 Konsultationen um Praxis- und Vollzugstests ergänzen
- 3 Vereinfachung sauber von Deregulierung trennen
- 4 über Umsetzungsaufträge abstimmen, nicht nur über Ziele
- 5 nach 12 oder 24 Monaten öffentliche Umsetzungsbilanz verlangen
- 6 KI nutzen, um Konsultationen nachvollziehbarer auszuwerten
- 7 Europa nicht größer im Anspruch, sondern glaubwürdiger im Übergang zur Wirkung machen

Drei Beispiele für ausführbare Souveränität

A. Verteidigung



Fähigkeitsziel statt bloß mehr Defence: Munitionsverfügbarkeit, Drohnenabwehr, Luftverteidigung oder Wartungskapazität; kombiniert mit Spezifikationen, Nachfragebündelung, Produktionskapazität, Finanzierung und Frist bis zur Einsatzfähigkeit.

B. Binnenmarkt



Die wichtigsten grenzüberschreitenden Verfahren vollständig online, einmalig nachweispflichtig, mehrsprachig, fristgebunden und interoperabel machen.

C. KI und Kapital



Europäische Ersparnisse, öffentliche Beschaffung, Unternehmensadoption und industrielle Modernisierung zusammenbringen; gemessen an realer KI-Nutzung und produktiver Kapitalmobilisierung.

Woran Europa gemessen wird



Beschaffungszeiten



Genehmigungszeiten



digital abschließbare Verfahren



Kapitalmobilisierung



Energieanschlüsse



KI-Nutzung in Unternehmen



industrielle Lieferfähigkeit

“ Wenn Europa liefert, kann Souveränitätsdruck zu europäischer Handlungsfähigkeit werden. Wenn Europa nicht liefert, wird Souveränitätsdruck gegen Europa gerichtet. ”

Quellen und Datenbasis

1. Umfragen, öffentliche Meinung und Krisenwahrnehmung

European Commission: Standard Eurobarometer 105, Spring 2026. Genutzt für die Daten zu Nutzen der EU-Mitgliedschaft, EU als Stabilitätsanker, Vertrauen in die EU, Zufriedenheit mit EU-Demokratie, Unterstützung gemeinsamer Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, Bedrohungswahrnehmung durch Russlands Krieg gegen die Ukraine sowie Sorgen zu Lebenshaltungskosten und internationaler Lage.

European Parliament: Autumn 2025 Eurobarometer, veröffentlicht Februar 2026. Genutzt für die Werte zu stärkerem Zusammenstehen der Mitgliedstaaten, stärkerer internationaler Stimme der EU, größerer EU-Rolle beim Schutz vor globalen Krisen und Sicherheitsrisiken sowie Prioritäten zu Lebenshaltungskosten, Wirtschaft, Jobs, Verteidigung, Sicherheit, Desinformation, Hassrede, KI-Inhalten und Datenschutz.

European Commission: Flash Eurobarometer 574, The European Union in Defence and Space, Februar 2026. Genutzt für Bedrohungswahrnehmung der nationalen Sicherheit, persönliche Sicherheitswahrnehmung und nationale Unterschiede bei der Bedrohungswahrnehmung.

Pew Research Center: EU favorability polling 2025/2026. Genutzt als externe Validierung der weiterhin relevanten positiven Grundsicht auf die EU in mehreren europäischen Ländern.

ECFR: Trump's European Revolution, 2025. Genutzt für die Einordnung von Sicherheitsdruck, strategischer Autonomie und öffentlicher Erwartung an europäische Handlungsfähigkeit.

GLOBSEC Trends 2025. Genutzt als Kontextquelle für die Spannung zwischen demokratischer Zustimmung, Sicherheitswahrnehmung, Misstrauen und Anfälligkeit gegenüber Desinformation.

Munich Security Report 2026. Genutzt für die politisch-psychologische Einordnung von Skepsis gegenüber der Problemlösungsfähigkeit demokratischer Institutionen.

2. Politische Trenddaten und Souveränitätsdruck

PolitPro: EU Parliament Poll Trend, Stand Ende Mai/Anfang Juni 2026. Genutzt als Momentaufnahme aktueller Fraktions- und Parteienfamilien-Trends auf EU-Ebene.

Europe Elects: EP 2029 Projection, Stand 2026. Genutzt als ergänzende Sitzlogik und politischer Trendindikator.
Der Föderalist: EP seat projection April 2026. Genutzt als Gegenperspektive gegen eine lineare oder automatische Rechtsruck-Erzählung.

Stiftung Wissenschaft und Politik: Analysen zu rechtsaußen stehenden Parteien und EU-Entscheidungsprozessen. Genutzt für die Einordnung zunehmender institutioneller Anschlussfähigkeit rechter und souveränistischer Kräfte.

3. Binnenmarkt, Verwaltung, Digitalisierung und operative Friktion

European Commission: 2026 Annual Single Market and Competitiveness Report. Genutzt für administrative Belastung von 150 Milliarden Euro pro Jahr, Reduktionsziele von 25 Prozent beziehungsweise 35 Prozent für KMU, rund 15 Milliarden Euro erwartete jährliche Entlastung durch Omnibus- und weitere Initiativen, 20,6 Prozent vollständig online verfügbare Single-Market-relevante Verfahren für grenzüberschreitende Nutzer, öffentliche Beschaffung über mehr als 44.000 Behörden mit rund 15 Prozent des BIP beziehungsweise etwa 2,5 Billionen Euro sowie die „Terrible Ten“ Binnenmarktbarrieren.

SMEunited / European Commission late-payment survey. Genutzt für die 73 Prozent der befragten Unternehmen, die von verspäteten Zahlungen berichten, sowie für die Einordnung von Zahlungsfriktion als Working-Capital- und Investitionsbremse.
Council of the European Union: One Europe, One Market Roadmap / Competitiveness agenda 2026–2027. Genutzt für die institutionelle Agenda zu Regelvereinfachung, integriertem Binnenmarkt, Handel, Energie/Dekarbonisierung sowie digitaler Transformation und KI.

European Commission: Competitiveness Compass. Genutzt als institutioneller Rahmen für Wettbewerbsfähigkeit, strategische Autonomie und Umsetzung der Draghi-Diagnose.

European Commission: Single Market Strategy / Terrible Ten barriers. Genutzt für die Einordnung der wichtigsten Binnenmarktbarrieren.

European Commission: Simplification, implementation and enforcement / Simpler, Clearer and Better Enforced EU Rulebook, 2026. Genutzt für die Einordnung, dass die Kommission selbst klarere, einfachere und besser durchgesetzte EU-Regeln als Reformziel formuliert.

Quellen und Datenbasis

4. Umsetzungslücke, Draghi-Fortschritt und wirtschaftliche Studien

Mario Draghi: The Future of European Competitiveness, 2024. Genutzt als Ausgangspunkt für die europäische Wettbewerbsfähigkeits- und Investitionsdiagnose.

EPIC: Draghi Observatory Implementation Index, Update Januar 2026. Genutzt für die Bewertung des Umsetzungsstands von Draghi-Empfehlungen in bindendes EU-Recht: 58 von 383 Maßnahmen vollständig umgesetzt, 91 teilweise umgesetzt, insgesamt 38,9 Prozent vollständig oder teilweise umgesetzt.

BusinessEurope: Reform Barometer 2026 – 18 months after Draghi: from diagnosis to delivery. Genutzt für die Formulierung der Lücke zwischen breit geteilter Diagnose und tatsächlicher Umsetzung.

European Investment Bank: Investment Report 2024/2025. Genutzt für Unternehmensperspektiven auf Investitionshindernisse, Marktfragmentierung, Digitalisierung, KI-Adoption und Scale-up-Bedingungen.

International Monetary Fund: Lifting Binding Constraints on Growth in Europe, 2025. Genutzt für die vier bindenden Wachstumsbremsen: fragmentierte Regulierung, ineffiziente Finanzintermediation, begrenzte Arbeitsmobilität und fragmentierter Energiemarkt.

OECD: Economic Surveys: European Union and Euro Area 2025. Genutzt für Produktivität, Binnenmarktintegration, Kapitalmärkte, Regulierungsbarrieren und Arbeitsmobilität.

European Central Bank / Christine Lagarde: Reden zu Europas Binnenmarkt, Kapitalmärkten, Ersparnissen und Investitionskanälen. Genutzt insbesondere für europäische Kapitalabflüsse in US-Märkte, Kapitalmarktfragmentierung und den Kreislauf aus stagnierender Produktivität und wachsender Abhängigkeit.

5. Verteidigung, Sicherheit und industrielle Lieferfähigkeit

European Defence Agency: Defence Data 2024–2025. Genutzt für EU-Verteidigungsausgaben von 343 Milliarden Euro 2024, 19 Prozent Wachstum gegenüber 2023, 1,9 Prozent des BIP sowie 2025-Schätzungen von 381 Milliarden Euro in konstanten Preisen beziehungsweise 392 Milliarden Euro in laufenden Preisen.

European Commission: White Paper for European Defence – Readiness 2030. Genutzt für die Verbindung von Verteidigungsfähigkeit, industrieller Kapazität, Finanzierung, Readiness und strategischer Autonomie.

Ursula von der Leyen: Rede auf der Munich Security Conference 2026. Genutzt für die politische Einordnung europäischer Unabhängigkeit als dringende Priorität, strategischer Enabler, mutual defence und industrieller Verteidigungsfähigkeit.

NATO und SIPRI-Daten zu Verteidigungsausgaben. Genutzt als ergänzende Vergleichsbasis für Sicherheits- und Verteidigungsaufwendungen.

6. KI, Kapital, Technologieadoption und Produktivität

NBER / CESifo / Brookings: Mind the Gap: AI Adoption in Europe and the U.S., 2026. Genutzt für die Adoptionslücke bei KI-Nutzung durch Arbeitnehmer und Firmen sowie für die Managementdimension von KI-Adoption.

Brookings: Analyse zur KI-Adoptionslücke. Genutzt für den Mechanismus, dass Tool-Zugang, Managementpraktiken und aktive Ermutigung durch Unternehmen zentrale Faktoren für produktive KI-Nutzung sind.

European Investment Bank: Investment Report 2024/2025. Genutzt ergänzend für Big-Data- und KI-Adoptionslücken europäischer Unternehmen gegenüber US-Unternehmen.

7. Politische und wirtschaftliche Stimmen

Emmanuel Macron: Davos 2026 / World Economic Forum. Genutzt für die Dreierlogik „protection, simplification, investment“ als europäische Strategie für Souveränität, Effizienz und Wachstum.

Quellen und Datenbasis

Friedrich Merz: Davos 2026 / World Economic Forum und Bundesregierungstranskript. Genutzt für Verteidigung, Wettbewerbsfähigkeit, Einheit, Bürokratie-Notbremse und stärkere Wettbewerbsorientierung europäischer Politik.
 Ursula von der Leyen: Davos 2026 und Munich Security Conference 2026. Genutzt für die Einordnung europäischer Unabhängigkeit als dringende Priorität sowie für die Verbindung von Sicherheit, Energie, Investition, Handel, Regulierung und Verteidigung.

Christine Lagarde: ECB / Frankfurt European Banking Congress 2025. Genutzt für Kapitalmarktfragmentierung, europäische Ersparnisse, Kapitalabfluss in US-Märkte und die Notwendigkeit eines stärkeren europäischen Binnen- und Kapitalmarkts.

Financial Times, Le Monde, The Guardian, Euronews und weitere Leitmedien. Genutzt für journalistische Einordnung zu Draghi-Umsetzung, Wettbewerbsfähigkeit, Verteidigung, Regulierung, Green Deal, Industriepolitik und europäischer Souveränität.

8. Interessenvertretung, Transparenz und Better Regulation

EU Transparency Register / Transparency Register of the European Parliament, Council and Commission. Genutzt für die Einordnung von Interessenvertretern als Akteuren, die Einfluss auf EU-Politik und Entscheidungsprozesse nehmen wollen, sowie für die Rolle des Registers als Transparenzinstrument.

European Commission: Transparency Register and transparency measures for meetings with interest representatives. Genutzt für die institutionelle Einordnung von Lobbytransparenz und Interessenvertretung.

European Ombudsman: Recommendation and press communication on the Commission's compliance with Better Regulation rules in urgent legislative proposals, including the Omnibus case. Genutzt für die Einordnung, dass transparente, evidenzbasierte und inklusive Vorbereitung von Gesetzgebung Teil demokratischer Ausführbarkeit ist.

European Parliamentary Research Service: Lobbyists and interest representatives: how EU institutions engage with lobbyists. Genutzt für Hintergrund zur gemeinsamen Transparenzregister-Architektur seit 2021.

Transparency International EU / EU Integrity Watch. Genutzt als ergänzende zivilgesellschaftliche Perspektive auf Transparenz, Gleichheit des Zugangs und Integrität in EU-Entscheidungsprozessen.

9. Gegenperspektiven zu Vereinfachung und Deregulierung

European Trade Union Confederation: Strategie gegen Deregulierung. Genutzt für die Warnung, Wettbewerbsfähigkeit nicht als Vorwand für den Abbau von Arbeits-, Sozial- und Schutzstandards zu verwenden.

Corporate Europe Observatory: Deregulation Watch. Genutzt für die kritische Beobachtung der Omnibus- und Vereinfachungsagenda sowie der Interessenvertretung großer Wirtschaftsakteure.

Climate Action Network Europe und weitere Umweltorganisationen. Genutzt für die Warnung, dass Deregulierung Europas langfristige Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit, Gesundheit und Resilienz schwächen könne.

The Guardian / Alberto Alemanno: Debatte um EU-Flaschendeckel-Regulierung. Genutzt als Beispiel dafür, dass Regulierung nicht automatisch Bürokratie ist und reale öffentliche Ziele adressieren kann.

Le Monde: Berichterstattung zu REACH, Digitalregulierung und Vereinfachungsdebatten. Genutzt als journalistische Einordnung zur Spannung zwischen Wettbewerbsfähigkeit, Schutzstandards, Industrieinteressen und öffentlichem Vertrauen. Hinweis zur Quellenverwendung

Die Interpretation als „Souveränitätsdruck“ ist eine politische Systemdeutung des Autors. Sie ist keine offizielle EU-Klassifikation. Die empirischen Daten stützen die zugrunde liegende These: Zustimmung zu Europa bleibt relevant, aber sie wird zunehmend an Schutz, Kontrolle, Sicherheit, Kaufkraft und sichtbare Handlungsfähigkeit gekoppelt.